

Antrag

der Fraktion der CDU

Überprüfung der Abgeordneten des Landtags Brandenburg auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR

Der Landtag möge beschließen:

Die Mitglieder des Landtages beantragen beim Präsidenten schriftlich die Überprüfung ihrer Person auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR. Die Abgeordneten erklären sich mit ihrer Antragstellung bereit, die Ergebnisse dieser Überprüfung zu veröffentlichen.

Der Präsident leitet die entsprechenden Anfragen an die „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ weiter und bittet diese um Mitteilung über Erkenntnisse aus den verfügbaren Unterlagen.

Der Präsident veröffentlicht eine Liste mit den Namen der Abgeordneten, welche eine Überprüfung beantragt haben und informiert über die Ergebnisse der Überprüfung in schriftlicher Form.

Begründung:

Auch und gerade 20 Jahre nach dem Ende der DDR bewegt das Thema Staatssicherheit die Menschen. Dies zeigen die hohen Zahlen der Anträge auf Akteneinsicht in Brandenburg. Mehr als 5240 Anträge sind im vergangenen Jahr bei der Außenstelle der Birthler-Behörde in Frankfurt/Oder eingegangen. Das ist die höchste Zahl seit zehn Jahren und auch für dieses Jahr wird ein ähnlich großes Interesse erwartet. Viele Menschen haben offenbar diesen zeitlichen Abstand gebraucht, wollen sich nun aber Gewissheit verschaffen, ob und wie das Ministerium für Staatssicherheit ihre Biografie beeinflusst hat. Immer wieder treten neue Erkenntnisse zu Tage, die den Unrechtsstaat DDR in seinem ganzen Ausmaß beschreiben. Dabei geht es nicht um Zahlen und Akten, sondern um viele tausende Menschen und deren persönliche Schicksale.

Datum des Eingangs: 21.10.2009 / Ausgegeben: 21.10.2009

Der Landtag Brandenburg und damit die Abgeordneten als gewählte Vertreter des Volkes haben gerade in diesem Punkt eine Vorbildfunktion. Eine freiwillige Überprüfung ist eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber der Öffentlichkeit und setzt ein Zeichen für Transparenz und Verantwortung im Umgang mit der eigenen Geschichte. Der vorliegende Antrag schafft die Grundlage für eine Überprüfung und ist ein wichtiges Signal im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution 1989.

Dr. Saskia Funck
für die Fraktion der CDU